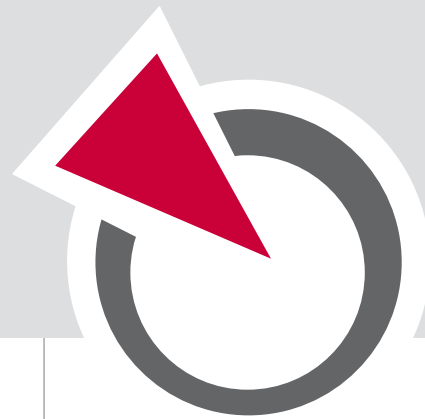


monitor



Angriff auf den »Kulturmarxismus«

Analyse: Die Anschläge von Norwegen und ihre Rezeption in den deutschen Medien

Das Weltbild von Attentäter ANDERS BREIVIK ist zusammengeklaut aus verschiedenen extrem rechten Quellen. Leitmotiv ist die Ablehnung emanzipativer Ideen. Die Qualität der Breivik-schen Islamkritik hingegen sticht in Sarrazindeutschland gar nicht übermäßig hervor. Dennoch versuchen viele Medien den Mörder als psychopathischen Einzeltäter und als politischen Außenseiter zu externalisieren.



(c) Henrik Lied, NRK www.flickr.com/nrkbeta CC BY-SA 2-0

Acht Tote in Oslo, 69 auf Utøya. Das ist die blutige Bilanz des Anschlags von ANDERS BREIVIK vom 22. Juli in Norwegen. Recht schnell war klar – peinlich für so manches Medium! –, dass hier keine »Islamisten« getötet hatten, sondern ein stramm Rechter. BREIVIK war von 1999 bis 2006 Mitglied der rechten FREMSKRITTPARTIET. Woher speisen sich seine Ideen? Und wie wurde die Tat in den deutschen Leitmedien eingeordnet?

Pamphlet gegen »Kulturmarxismus«

Trotz Parteiaustritt teilt BREIVIK weiterhin die antimuslimischen Rassismen der FREMSKRITTPARTIET. Kurz vor der Tat verschickte er einen etwa 1500 Seiten umfassenden Text mit dem Titel »2083: A European Declaration of Independence« an verschiedene Medien und (extrem) rechte Organisationen. Aus dieser Schrift gehen seine

politischen (Selbst-)Verortungen hervor. Neben antimuslimischem Rassismus, der sich in der apokalyptischen Vorstellung einer »Islamisierung Europas« äußert, ist die Abwehr des »kulturellen Marxismus« ein zentrales Motiv. Unter dem Begriff wird subsumiert, was aus dem ideologischen Repertoire der deutschen extremen Rechten bekannt ist: Beklagt wird der Verfall der traditionellen Familie, eine schleichende Auflösung der Geschlechterdichotomie, Dekadenz, das Verschwinden gesellschaftlicher kultureller und religiöser Ordnungsmuster und angestammter Gemeinschaft. Als Akteur_innen dieser »schleichenden Revolution« identifiziert BREIVIK »Multikulturalisten«: »Wenn ich von Kulturmarxisten schreibe, dann meine ich in erster Linie Individuen, die den Multikulturalismus unterstützen, Sozialisten, Kollektivistin, »politisch Korrekte«, Feministinnen, schwule und Behindertenaktivis-

Inhalt

- 1 Anschläge von Norwegen
Der Attentäter und die deutschen Medien
- 4 20 Jahre Hoyerswerda
Streit um angemessenes
Erinnern
- 6 Wahlen in Berlin
Rechte Parteien weit
abgeschlagen
- 7 Kurzmeldungen
- 7 Bildung en detail
Frauen & Rechtsextremismus
- 8 Neu im Archiv

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum berlin e.v.
(apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
geöffnet do von 15 bis 19 uhr
und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00
blz: 100 205 00
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt. mehr infos dazu gibt es auf der rückseite.

monitor - rundbrief des apabiz e.v. |
v.i.s.d.p.: apabiz e.v. | dank an unsere
fördermitglieder, die mit ihrem beitrag
die finanzierung unterstützen | erschei-
nungsweise: alle zwei monate
fotos: alle rechte liegen bei den
fotograf_innen



1 Die folgenden Ausführungen sind Resultate einer Diskursanalyse, die die Reaktionen auf die Anschläge in Norwegen von taz, FAZ und Süddeutscher Zeitung im Zeitraum vom 23. Juli bis zum 8. August untersucht. Unter Berücksichtigung aller Artikel zum Thema dieser drei Tageszeitungen (die das hegemoniale Meinungsspektrum abdecken), wurde die diskursive Ereignisproduktion nachvollzogen und die zentralen Aussagen in verschiedenen Themenfeldern konnten festgestellt werden. Die vollständige Analyse wird neben anderen Analysen zum Thema im Dezember in der Edition DISS beim Unrast Verlag erscheinen.

2 Vgl. bspw.: Hefty, G.P.: Keine Erklärung, in: FAZ, 25. Juli 2011, Nr. 170, S. 1, Gelernter, D.: Nicht rechts, nicht links, nur böse, in: FAZ, 29. Juli 2011, Nr. 174, S. 31, Müller, R.: Wachsamkeit, in: FAZ, 26. Juli 2011, Nr. 171, S. 1. Vereinzelt wird diesen Pathologisierungen widersprochen. Vgl.: Schulz, S.: Die ungestellten Fragen von Oslo, in: FAZ, 4. August 2011, Nr. 179, S. 29.

3 Vgl.: O.A.: Attentäter tötet aus Hass auf Muslime und Linke, in: SZ, 25. Juli 2011, Nr. 169, S. 1 und Leyendecker, H. / Richter, N.: Psycho, in: SZ, 25. Juli 2011, Nr. 169, S. 3 und Steinfeld, T.: Mission Massenmord, in: SZ, 25. Juli 2011, Nr. 169, S. 4 und Herrmann, G. / Leyendecker, H. / Richter, N.: Wer bist du? In: SZ, 26. Juli 2011, Nr. 170, S. 3.

4 Vgl.: Prantl, H.: Getrieben vom Eifer, besessen vom Wahn, in: SZ, 27. Juli 2011, Nr. 171, S. 2.

5 Vgl.: Carstens, P.: Im Netz des Rechtsextremismus, in: FAZ, 26. Juli, Nr. 171, S. 3, Croitoru, J.: Der Terroranschüler aus Norwegen, in: FAZ, 26. Juli, Nr. 171, S. 27, Leyendecker, H. / Richter, N.: Psycho, in: SZ, 25. Juli 2011, Nr. 169, S. 3.

6 Vgl. bspw.: Hefty, G.P.: Keine Erklärung, in: FAZ, 25. Juli 2011, Nr. 170, S. 1, Hefty, G.P.:

ten, Tierrechtler und Naturschützer.« (S. 373) Diese »kulturellen Marxisten« würden heute alle öffentlichen Institutionen in West-Europa und den Vereinigten Staaten kontrollieren. Die Jugendorganisation der Sozialdemokratie, die wie die Mutterpartei zum kulturellen Marxismus gerechnet wird, wird in einem Atemzug mit Antifa-Aktivist_innen genannt. Beide gelten ihm als »staatlich finanzierte Lynchmobs« (S. 620).

Ein Schlüssel dieses »neuen Totalitarismus« sei der Feminismus, er sei eines der wichtigsten Instrumente des »kulturellen Marxismus«. Durch ihn werde eine Kultur der »political correctness« durchgesetzt. Über den »Multikulturalismus« werde die »muslimische Kolonialisierung Europas« erreicht.

Der »Islamismus« ist für BREIVIK das zweite starke Instrument. So wie der Feminismus wahlweise die Auflösung der Geschlechterdifferenz oder das Matriarchat anstrebe, verfolge auch der »Islamismus« eigene Ziele – etwa die weltweite Einführung der Sharia. Dabei unterscheidet BREIVIK nicht zwischen moderaten und fundamentalistischen Muslimen und Muslima. Das Grundübel bleibt für BREIVIK aber der »Kulturmarxismus«. Er rät explizit davon ab, Muslime und Muslima direkt anzugreifen, dies sei »ein sicherer Weg, unserer Sache zu schaden« (S. 1253).

Tod für 400.000 »Verräter«

Für den Kampf gegen die »kulturmarxistischen« Eliten hat BREIVIK einen genauen Plan. Er unterteilt »Kulturmarxisten« in »Kategorie A, B und C Verräter«, wobei unter die Kategorie A Eliten aus Parteien, NGOs, Medien, Industrie und Kultur fallen, unter Kategorie B alle »kulturmarxistischen« Politiker_innen, Journalist_innen, Schriftsteller_innen, Wissenschaftler_innen sowie »führende Antifa-Aktivist_innen«. »Unwesentliche Mitglieder« hingegen gehören zu »Kategorie C Verräter«. Während »Kategorie A und B Verräter«, das sind nach BREIVIK etwa 400.000 Menschen in West-Europa, exekutiert werden müssen, können »Kategorie C Verräter« auf Inhaftierung und Umerzwehung hoffen. (Vgl. S. 931f.) Zeit-

lich teilt BREIVIK den Kampf in drei Phasen ein, 2070 wird Phase drei eintreten, in der seine »Todesurteile« vollstreckt und zudem alle Muslime und Muslima aus Europa deportiert werden.

Kampf für Meinungsfreiheit

BREIVIK selbst verortet sich auf der Seite des Rationalismus und der Verteidigung der Meinungsfreiheit. Er proklamiert das Recht, »alle politischen und religiösen Doktrinen« kritisieren zu können (S. 707). Der politische Liberalismus gehört nicht zu BREIVIKS Feinden. Problematisch werde der politische Liberalismus erst dann, wenn seine Werte »ideologisiert« werden und traditionelle Ordnungssysteme in Frage stellen (vgl. S. 1169). Entgegen der deutschen völkischen Rechten verteidigt BREIVIK den Individualismus. Aber auch Individualist_innen, so meint BREIVIK, »sollten sich als Teil etwas Größeren und Andauerndem begreifen, sonst wird die Gesellschaft sich nicht verteidigen können« (S. 706).

Nation, Kultur, Europa, Christenheit

BREIVIK verortet sich selbst als Nationalist (S. 1233), er betont die Notwendigkeit nationaler Souveränität (S. 707) und befürwortet paneuropäische Ideen (S. 1233) bei gleichzeitiger Forderung nach »kultureller Einheit« (»monoculturalism«). Seine christlichen Bezüge sind weniger fundamentalistisch-religiösen Dogmen zuzurechnen als dem Wunsch nach kultureller Einheit: »Christentum ist Identität, Moral, Gesetz und Kodex, welche die großartigste Zivilisation hervorgebracht haben« (S. 1339).

Für Israel, für Verschwörungsdenken

Auch wenn BREIVIK den politischen Zionismus als Abwehrbewegung gegen den Islam deutet und darum eine pro-zionistische Haltung annimmt, bleiben antisemitische Wendungen nicht aus. Die bei deutschen extrem Rechten so beliebte Phrase der »Holocaustreligion« findet sich auch bei BREIVIK wieder (S. 735). Die Annahme einer jüdischen Welt-

verschwörung fehlt bei BREIVIK, gleichzeitig bemüht er vielerlei Verschwörungskonstruktionen. An die Stelle der Juden und Jüdinnen tritt hier erneut der »kulturelle Marxismus«, der lenkt, indoktriniert, zerstört, infiltriert. Aber BREIVIK sagt im Selbstinterview auch, dass Juden und Jüdinnen die multikulturalistische Politik traditionell gestärkt hätten: »Die Juden zählen seit dem zweiten Weltkrieg zu den Unterstützern von EU-Eurabien und des europäischen Multikulturalismus. Die meisten Juden unterstützen das »politisch korrekte« Establishment weil es ihren Interessen entspricht.« (S. 1370)

Patchwork

BREIVIK in die Spektren der extremen Rechten einzuordnen ist nicht leicht – und vielleicht gar nicht möglich. Er ist kein Neonazi. Der Platz des Feindes wird anders besetzt. Zudem verbieten sich für Neonazis Positivbezüge auf Individualismus und politischen Liberalismus. In seinem Glauben an die Tat des Einzelnen scheint er eher den jungkonservativen Spektren nah zu sein, die sich in Deutschland um die Publikationsprojekte Sezession und Junge Freiheit gruppieren. Diese, mitunter als »Neue Rechte« bezeichneten Zusammenhänge zeichnen sich aus durch eine vehemente Abwehr der »political correctness«, der »Dekadenz«, des Marxismus und des Feminismus. Bezüge auf das »christliche Abendland« sind nicht selten und auch das Propagieren des »Kulturkampfes« lässt Nähen zu BREIVIKS Ideologie erkennen. Der antiislamische Rassismus BREIVIKS wiederum weist auf das Spektrum antimuslimischer Blogger-Szenen und sogenannter »rechtspopulistischer« Parteien.

Auch auf strategischer Ebene entzieht sich BREIVIK der Einordnung. Er vereint die Vernichtungsideologie des Nazismus auf äußerst zynische Weise mit der Strategie der jungkonservativen Diskursintervention. So diente ihm die Tötung von 77 Menschen als Werbeaktion für sein 1500-Seiten-Pamphlet.

BREIVIK gibt in seinem Text einen Überblick über nationalistische und rassistische Parteien und Organisatio-



nen, quasi als Werbelinks für die Leser_innen. Dieser Überblick enthält »mehrere rechte Gruppen, von gemäßigten bis hin zu sehr extremen« (S. 1243). Im BREIVIKS Kampf scheinen viele Verbündete denkbar.

Reaktionen in Deutschlands Presselandschaft

In Deutschlands Mainstream-Medienlandschaft wurde unmittelbar nach der Tat über einen »islamistischen« Hintergrund spekuliert. Es kamen »Experten« zu Wort, die Ähnlichkeiten zu anderen »islamistischen« Anschlägen debattierten. Was dieser Reflex, Terrorismus mit dem Islam zu verknüpfen mit dem Weltbild BREIVIKS zu tun hat, diese Frage stellten sich nur wenige Journalist_innen, als bekannt wurde, dass der Täter kein »Islamist«, sondern antimuslimischer Rassist und Rechter war.¹

Während die FAZ die Anschläge als nicht zu erklärendes Phänomen charakterisiert, die Motive BREIVIKS in die Sphäre des Pathologischen verschiebt und damit eine Entpolitisierung der Ereignisse vornimmt², changiert die Süddeutsche Zeitung (SZ) zwischen einer politischen Bestimmung der Taten und Pathologisierungen.³ Mal ist BREIVIK Irrer, mal politischer Attentäter, mal Amokläufer, mal Terrorist. Die taz weist Pathologisierungen des Täters zurück, seine Weltanschauung sei das treibende Motiv hinter seinen Anschlägen gewesen.

BREIVIKS Frontstellung gegen den »Kulturmarxismus« findet in der hegemonialen Presseberichterstattung so gut wie keinen Platz. Die Tat wird hingegen gedeutet als Angriff auf die »Mitte«. Dass BREIVIK die norwegische Sozialdemokratie als »kulturmarxistisch« ansah, übersehen die Journalist_innen.

Entsprechend deutscher Extremismuskonstruktionen werden die Anschläge in Norwegen oftmals in die Geschichte des politischen Mordes allgemein eingereiht.⁴ Häufig finden sich Parallelisierungen zu »islamistischem« Terrorismus.⁵ Häufig wird auch die RAF als Parallele genannt und so en passant eine Gefahr durch

»Linksextremismus« suggeriert⁶. Eine Einordnung der Tat in die Geschichte rechter Morde und Anschläge findet selten statt. Hinweise auf Gemeinsamkeiten mit den Anschlägen von Oklahoma, Bologna und München bleiben marginal. Stattdessen wird

BREIVIK in der FAZ als »Antiislamist« gekennzeichnet.⁷ Dies suggeriert, der »Islamismus« gehe dem »Antiislamismus« voraus und bedinge ihn, letzterer sei eine Reaktion auf »islamistischen Terrorismus«. Eine explizite Auseinandersetzung mit rechten Weltbildern und rechtem »Terrorismus« scheint der FAZ demnach weder sinnvoll noch notwendig.

In der SZ wird auf rechte Morde in Deutschland referiert, auf die Brandanschläge in Hoyerswerda, Mölln, Solingen und anderen Städten, aber dieser Vergleich hinkt. Zwar wird die rechte Motivation begriffen, allerdings nicht die Zielrichtung. Bei den Anschlägen in Norwegen wurden nicht Migrant_innen als Migrant_innen getroffen, sondern es handelte sich um einen rechten Angriff auf die Linke.

Schweigen zu SARRAZIN

Während – wie nicht anders zu erwarten – die FAZ sicherheitspolitische Lehren aus dem Anschlag zieht, nach dem starken Staat ruft, die »Freiheit« des Internets und ein Versagen der Polizei mitverantwortlich erklärt, werden in liberaleren Zeitungen durchaus rassistische Diskurse als Ursachen für BREIVIKS Weltanschauungen genannt. Rassistisch sind allerdings immer die anderen⁸, in diesem Fall der »Rechtspopulismus«. Von der rassistisch geführten Sarrazin- und Integrationsdebatte scheint – außer in der taz – keine Rede zu sein. Entsprechend dieser unterschiedlichen Vorannahmen werden verschiedene Lehren aus den norwegischen Anschlägen gezogen und empfohlen.

Die FAZ setzt auf Sicherheitspolitik und auf »Vernunft«. »Vernunft« helfe gegen Wahnsinn und somit gegen Terrorismus, Überwachung des



Graffiti von Neonazis in Hamm, das sich auf die Anschläge in Norwegen bezieht

| (c) antifaschistisches jugendbündnis hamm
www.haekelclub590.de

Internets durch Geheimdienste und denen zuarbeitende Bürger_innen und bessere Polizeiapparate gegen »Einzeltäter«. ¹⁰ In der SZ wird gefordert, sich mehr mit »Rechtspopulismus« und »Islamkritik« in der extremen Rechten auseinanderzusetzen. Die taz lehnt sicherheitspolitische Maßnahmen im Gros ab, fordert aber auch eine geheimdienstliche Beobachtung der »islamkritischen« Szene.¹¹ Die als notwendig erachtete Auseinandersetzung mit gesellschaftlichem Rassismus dürfe allerdings nicht zu einer Einschränkung der Meinungsfreiheit führen. Vermittelt wird hier eine Dichotomie zwischen Meinungsfreiheit und der Abwehr von Rassismus.¹² Meinungsfreiheit wird implizit als die Freiheit derer gekennzeichnet, die sich als »islamkritisch« verstehen und nicht als die Freiheit und Partizipationsmöglichkeit derer, über die gesprochen wird. Erfreulich in diesem Zusammenhang ist ein Artikel von Mely Kiyak, die die Perspektive derer fokussiert, die »wahlweise als islamistisch, fundamentalistisch, rückständig, besonders kriminell, besonders ungebildet, besonders gebährfreudig, besonders bedrohlich, besonders zerstörerisch für Wirtschaft, Fortschritt oder Demokratie« charakterisiert werden. Sie beschreibt die Einengung der gesellschaftlichen Handlungsspielräume durch diese Zuschreibungen und das Desinteresse daran, diese Perspektiven in der weiß-dominierten Öffentlichkeit zu thematisieren.

Regina Wamper

Soziale Kontrolle, in: FAZ, 28. Juli 2011, Leyendecker, H.: Die Signatur des Bösen, in: SZ, 29. Juli 2011, Nr. 173, S. 4. Aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist auch der Verweis von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich im Anschluss an die Anschläge in Norwegen auf »nationale Autonomie«, »die sich nach dem Beispiel der Linksautonomen formieren« würden. Friedrichs Verweis, von der FAZ aufgegriffen, versucht den Fokus von der Beschäftigung mit rassistischen und rechten Weltbildern auf die mit »Extremismus« zu lenken. Eine Wesensverwandtschaft zwischen Linken und Rechten wird so vermittelt, statt Rassismus und Antimarxismus als auch Probleme des politischen Mainstreams zu diskutieren. (Balzter, S. / Schmidt, F. (lt./frs.): Norwegen leistet sich mehr Polizisten, in: FAZ, 28. Juli 2011, Nr. 173, S. 2).

6

Vgl.: Hannemann, M.: Mein kleines Land gibt es nicht mehr, in: FAZ, 25. Juli 2011, Nr. 170, S. 25.

7

Eine Ausnahme ist hier ein Kommentar, in dem ein NPD-Verbot ein »falsches Beruhigungsmittel« genannt wird. »Bevor die bürgerliche Mitte nach allen möglichen Verboten ruft, sollte sie sich die eigene Fremdenfeindlichkeit verbieten [...]«. (Pra: Der Ausschaltknopf gegen Islamhass, in: SZ, 29. Juli 2011, Nr. 173, S. 4).

8

Hefty, G.P.: Keine Erklärung, in: FAZ, 25. Juli 2011, Nr. 170, S. 1

9

Vgl.: Hefty, G.P.: Keine Erklärung, in: FAZ, 25. Juli 2011, Nr. 170, S. 1, Müller, R.: Wachsamkeit, in: FAZ, 26. Juli 2011, Nr. 171, S. 1.

10

Rath, C.: »Nicht einheitlich verfassungswidrig«, in: taz, 27. Juli 2011, S. 2.

11

Vgl. bspw. Stein, H.: »Muslime als Orks: Das ist nicht intelligent«, in: taz, 29. Juli 2011, S. 3.

12

Kiyak, M.: Wer will das wissen? In: taz, 2. August 2011, S. 14.

Eine Woche nach den Angriffen demonstrierten am 29. September 1991 4.000 Menschen in Hoyerswerda. | (c) Umbruch Bildarchiv



»...Hoyerswerda schon vergessen!«

Streit um angemessenes Erinnern

Im September 2011 erinnerten antifaschistische Initiativen, vertriebene ehemalige Hoyerswerdaer und die Stadt Hoyerswerda auf jeweils ihre Art an die pogromartigen Angriffe auf Migrant_innen vor genau 20 Jahren in der sächsischen Kleinstadt. Um eine »differenziertere Darstellung« der Ereignisse wird durch die Stadt und ihre Bewohner_innen gebeten, die Fortschritte in Hoyerswerda hin zu einer »Willkommensgesellschaft« werden herausgestellt. Doch der zweite Blick macht deutlich, dass mit Imagekampagnen der Rassismus nicht überwunden werden kann.

Eine ganze Reihe von Veranstaltungen hatte die Stadt organisiert, um sich, wie CDU-Bürgermeister Stefan Skora sagte, der Erinnerung zu stellen. Die wichtigsten: eine Ausstellung über die Tage im November 1991 und eine Gedenkveranstaltung am 17. November. »Alle haben die Bilder von damals in den Köpfen«, so Skora, als nach einer Woche rassistischer Angriffe Hoyerswerda die »erste ausländerfreie Stadt« geworden war. »Diese Vergangenheit müssen wir akzeptieren. Aber wir wollen die Bilder durch andere ersetzen.«¹

Die anderen Vertriebenen

Eine »Willkommensgesellschaft« solle in Hoyerswerda Gesicht annehmen, dafür wurde am 17. November auch der eigens in die Stadt geholt

»Tag der Heimat« bemüht. Schließlich könnten die im BUND DER VERTRIEBENEN zusammengeschlossenen Deutschen besser als andere von der erfolgreichen Integration erzählen. Sachsens Innenminister Markus Ulbig warb laut Presse dafür, »dass die Vertriebenen ein Teil der Willkommenskultur sein mögen, die Sachsen ab 2014 qualifizierten ausländischen Zuwanderern bieten will.«² Diese revanchierten sich mit der Teilnahme an dem demonstrativen Gedenken auf dem Lausitzer Platz; eingeborene Hoyerswerdaer Bürger_innen waren hier kaum zu sehen.

Das Bemühen der Stadt und ihres Bürgermeisters ist offensichtlich, die Gemeinde als eine ganz durchschnittliche Kleinstadt darzustellen; ausgestattet mit den sozialen Problemen,

die von De-Industrialisierung betroffene Kommunen eben haben. In diese Erzählung von Normalität passt es, die »ausländerfeindlichen Ausschreitungen« vom September 1991 auch als eine »Form des Aufbegehrens« zu interpretieren, als einen gleichwohl irregeleiteten, aber verständlichen sozialen Protest.³

Wer darf sich erinnern?

Die von der Stadt bestellte Ausstellung zeigt in einer mäßig frequentierten »Orange Box« auf grüner Wiese Polizeiberichte und Presseartikel von damals, um die Geschichte nachzuzeichnen. Auf Berichte von Betroffenen wurde verzichtet; ebenso auf jeglichen Versuch, die teilweise eklatant falschen Darstellungen der notorisch überforderten Polizei rich-

1

Zit. n. Heike Kleffner: Reise in die Gegenwart. In: Tagesspiegel v. 15. September 2011, S.3.

2

Vgl. Uwe Schulz: Demonstratives Gedenken in Hoyerswerda. In: Lausitzer Rundschau v. 19. September 2011.

3

Vgl. Detlef Pollack: Die ausländerfeindlichen Ausschreitungen im September 1991 in Hoyerswerda. In: Berliner Debatte Initial 16 (2005) 3, S.15-32.

4

Rena Lehmann: Hoyerswerda erinnert sich nur ungern. In: Rhein-Zeitung v. 21. September 2011.

5

Die Initiative bestand aus dem Referat Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, autofocus videowerkstatt e.V., dem apabiz, dem Verein Argumente e.V., unterstützt von der Stiftung do.



tig zu stellen, zu kommentieren oder aus anderem Blickwinkel zu ergänzen. »Es sieht aus, als sei hier in großer Eile zusammengezimmert worden, was man auftreiben konnte«, lautet das vernichtende Urteil einer Journalistin.⁴ Die Stadt gelobt Nachbesserungen, es sei nur ein Anfang. Ob die ursprünglich beauftragte Dresdener Historikerin Henriette Kunz auch wegen inhaltlicher Differenzen kurz vor der Fertigstellung den Auftrag niederlegte, darüber schweigen sich alle Beteiligten aus.

Die Rückschau beeindruckt daher vor allem durch das, was sie nicht zeigt: Eine eigene selbstkritische Erzählung durch die heutigen Einwohner_innen der Stadt über dieses Kapitel fehlt. Und es fehlt die Erzählung der damals Angegriffenen und danach Vertriebenen. Dieses Nicht-Erzählen passt zu den Erfahrungen der jungen, antirassistisch engagierten Hoyerswerdaer_innen, die gleiches aus ihren Familien und Schulen berichten.

Die Initiative »Pogrom 1991« bemüht sich, die Auseinandersetzung über das Gedenken vorwärts zu treiben. Sie hat es geschafft, dass inzwischen über die Errichtung eines Denkmals von Seiten der Stadt zumindest nachgedacht wird. Den Aktiven geht es darum, die öffentliche Erinnerung und den Begriff »Pogrom« miteinander zu verknüpfen. Ihr Stadtpaziergang am Jahrestag wurde nur von rund 200 Menschen besucht, eine Gedenkminute mit der symbolischen Errichtung einer Gedenkstele durften einheimische Neonazis durch Gegröle und das Zeigen des Hitlergrußes stören, die Polizei ließ sie gewähren.

»Hoyerswerda revisited«

Eine andere Initiative aus Berlin lud zum 20. Jahrestag drei Zeitzeugen ein, um von ihren damaligen Erlebnissen während der Nachwendzeit zu hören und einen Raum für Erinnerungen und Reflektionen zu bieten.⁵ Auf einer von ca. 250 Menschen besuchten Veranstaltung berichteten Manuel N. (Maputo/Mosambik), Emmanuel G. (Ghana) und Emmanuel A. (Deutschland) über ihre Erlebnisse. Esin E. sprach über

ihre politischen Erfahrungen als Migrantin in den frühen 1990er-Jahren und Toni Schmidt stellte die Forderungen der Gruppe »Pogrom 1991« vor. Zu den Erfahrungen aus 1991 und der Zeit nach der Vertreibung aus Hoyerswerda kam auch ein Erlebnis vom vorherigen Wochenende. 20 Jahre nach den Angriffen kehrten Manuel N. und Emmanuel A. anlässlich des Jahrestages des Pogroms in die Stadt zurück, die ihr Leben entscheidend verändert hat. Bei dem Besuch in ihrer ehemaligen »Heimatstadt« wagen sie auch einen kurzen Abstecher zu dem früheren Wohnheim. Dabei wurden sie von dortigen Bewohner_innen rassistisch beschimpft und beleidigt, so dass die Polizei eingreifen musste. Ein sowohl der Stadt als auch der Polizei vorher angekündigtes Kamerainterview konnte somit nur unter Schutz und begleitet von Pöbeleien stattfinden.

»Es war hart«, sagte Manuel über dieses Erlebnis. »Es ist das Gleiche passiert wie vor 20 Jahren.« Bei diesem Besuch wie bei den anderen Ereignissen rund um das Gedenken in Hoyerswerda wurde deutlich, dass es mehrere Bilder des neuen Hoyerswerda gibt. Es existiert das in der Ausstellung als Image vermarktete Bild des glücklichen, weltoffenen Hoyerswerda, von dem die Stadtverwaltung so gerne spricht. Zu dem der hasserfüllte, heimische Rassismus so wenig passen will, den der Bürgermeister gerne ausblenden würde. Stefan Skora unterstellte in einem Radiointerview, die rassistischen Reaktionen vor dem ehemaligen Wohnheim seien »bewusst provoziert« worden und die Teilnehmenden des Stadtpaziergangs »kamen aus Berlin« und hätten »die Bürgerinnen und Bürger der Stadt« beleidigt.⁶

Ausblick

Hoyerswerda möchte das Menetekel des Pogroms von 1991, als das es auch heute noch international gesehen wird, gerne loswerden. Das ist ein verständliches aber vermutlich hoffnungsloses Ansinnen. Die Kriterien, wer in welcher Form richtig erinnert, selber bestimmen zu wollen oder der ignorante Ausschluss

bestimmter Erinnerungen oder sogar deren Diffamierung spricht nicht für einen selbstbewussten Umgang mit diesem Teil der Stadtgeschichte. Dass Vertreter_innen der weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft auch heute noch beleidigt daran festhalten, gefälligst selber die Geschichte der Untaten ihrer Mitglieder schreiben zu wollen, das wird auch in den



»Orange Box« auf der grünen Wiese in Hoyerswerda
| (c) apabiz

kommenden Monaten und Jahren, in denen sich vergleichbare Ereignisse jähren, ein wiederkehrendes Ärgernis sein. Es wird an den anderen, antirassistischen Initiativen hängen bleiben, ob diese Geschichtsschreibung von oben gelingt oder ob sich die deutsche Bevölkerung mit ihren rassistischen Taten vor 20 Jahren konfrontiert sieht.

Dazu wird es notwendig sein, eine antirassistische Erinnerungsarbeit zu entwickeln, die sich um die Sichtbarmachung der Opferperspektive bemüht und eine kommunale politische Praxis in den Blick nimmt. Eine anstrengende, doch sicher auch spannende und vielleicht lohnende Arbeit.

Ulli Jentsch

⁶ Stephan Karkowsky im Gespräch mit Stefan Skora: »Ich bin gegen Extremismus von beiden Seiten«, dradio v. 20. September 2011.



Rechtsaußen weit abgeschlagen

Das Abschneiden rechter Parteien bei den Wahlen in Berlin

Die Berliner Wahlen am 18. September 2011 endeten mit einem Desaster für PRO DEUTSCHLAND und DIE FREIHEIT und mit einer deutlichen Schwächung der NPD. Am Einzug ins Abgeordnetenhaus scheiterten erwartungsgemäß alle drei Parteien - PRO

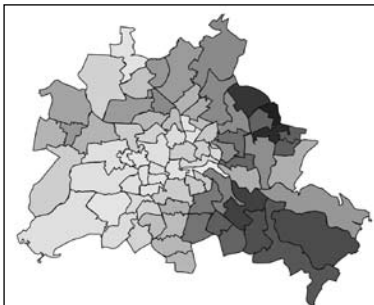
DEUTSCHLAND kam berlinweit auf 1,2%, DIE FREIHEIT auf 1,0% und die NPD erlangte 2,1% der Stimmen. Dass es darüber hinaus

PRO DEUTSCHLAND und DIE FREIHEIT nicht gelang, auch nur in eine einzige Bezirksverordnetenversammlung (BVV) einzuziehen, rief Ernüchterung bis Entsetzen bei deren Vertreter_innen hervor. Die NPD zog mit je zwei Abgeordneten erneut in die BVVen von Lichtenberg (3,5%), Treptow-Köpenick (4,1%) und Marzahn-Hellersdorf (4,0%) ein, verpasste jedoch in allen drei Bezirken den Fraktionsstatus. In Neukölln fehlten lediglich 44 Stimmen für den Wiedereinzug in die BVV.

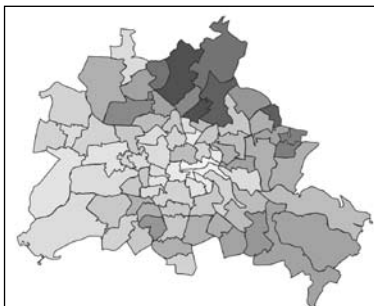
Stimmanteile nach Wahlkreisen



PRO DEUTSCHLAND



NPD



DIE FREIHEIT

Eine detaillierte Darstellung der Wahl-Ergebnisse und einen Vergleich mit den Resultaten von 2006 hat das apabiz veröffentlicht unter www.blog.schattenbericht.de/wahlen2011

Zwischen ernüchterter Selbstkritik...

Auch das beste Ergebnis für PRO DEUTSCHLAND auf BVV-Ebene von 2,4% in Marzahn-Hellersdorf lasse sich nach eigenem Bekunden »nicht schönreden [...] und [steht] zum Wahlkampf-Aufwand in einem schlechten Verhältnis«. Im Zuge der eigenen Wahlanalyse wolle PRO DEUTSCHLAND daher über mögliche »Konsequenzen aus [d]em politisch

indiskutablen Abschneiden bei der Berlin-Wahl« beratschlagen. Noch vernichtender fiel die Wahl für DIE FREIHEIT aus. 1,3% in Pankow als bestes BVV-Ergebnis spricht für sich. Das Ergebnis sei »enttäuschend und schmerzhaft« und das »Wahlziel deutlich verfehlt« worden, konstatierten RENÉ STADTKIEWITZ und FELIX STRÜNING das desaströse Abschneiden ihrer Partei.

Auch der Wiedereinzug der NPD in nur drei BVVen ohne Fraktionsstatus ist im Vergleich zum Wahlergebnis von 2006 ein herber Rückschlag. Selbst der Berliner NPD-Vorsitzende UWE MEENEN kommentiert in seiner Erklärung zum Wahlausgang, dass das eigene Abschneiden und vor allem der reale »Verlust von knapp 4000 Stimmen bei steigender allgemeiner Wahlbeteiligung [...] als Niederlage zu verbuchen« sei.

...und zukunftsorientierter Nachlassverwaltung

Insbesondere die Durchhalteparolen (»Deshalb geben wir nicht auf! Vielmehr werden wir die Partei weiter aufbauen.«) von DIE FREIHEIT an die eigene Klientel wirken hilflos. Fraglich ist, ob das trotzig angekündigte Weitermachen so unbeschwert möglich sein wird. Denn Unzufriedenheit mit der Parteiführung war schon vor der Wahl wahrnehmbar. Zudem ist zweifelhaft, ob die erfolgreichen internationalen Partner_innen wie die SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI (SVP) und allen voran GEERD WILDERS ihre bisherige unterstützende Kooperation auch in Zukunft für eine bedeutungslose Kleinstpartei fortsetzen werden.

PRO DEUTSCHLAND kündigt an, eine »Zersplitterung des eigenen politischen Spektrums [...] beenden« zu wollen. Das ist unmissverständlich als erneutes Kooperationsangebot an DIE FREIHEIT zu verstehen. Zwar ist PRO DEUTSCHLAND mit diesem Wahlergebnis keinesfalls in einer starken Position, um diesbezüglich einen Führungsanspruch zu formulieren. Dass sie dies

dennoch tun werden, lässt die in keinem Verhältnis stehende, großspürige Ankündigung vermuten, sich schon jetzt für den erneuten »Anlauf zum Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde in der Hauptstadt in Position [...] bringen« zu wollen.

Die Wahlergebnisse sind zumindest in Teilen dahingehend als ein positives Signal zu deuten, dass mit antimuslimischem Rassismus in Berlin keine Wahl zu gewinnen ist. Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass antimuslimischer Rassismus und Neonazismus nach wie vor ein massives gesellschaftliches Problem darstellen. Entsprechende Umfragen zeigen, dass das theoretische Wähler_innenpotential weitaus größer ist, als es die drei Parteien in Berlin abzurufen in der Lage waren. Ein auf den verschiedenen Ebenen breit aufgestelltes Engagement gegen diese Parteien und ihnen ideologisch nahestehenden Akteur_innen wird auch künftig dringend erforderlich sein.

Frank Metzger

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des monitor pro Ausgabe
- den ReferentInnen-Katalog inklusive Updates
- zwei Exemplare aller neuen Publikationen des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!



Kurzmeldungen

HNG verboten

Berlin • Die HILFSGEMEINSCHAFT FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE (HNG) ist am 21. September vom Bundesinnenministerium per Erlass verboten worden. Parallel fanden Hausdurchsuchungen in vier westdeutschen Bundesländern statt. Zur Begründung hieß es, die HNG habe sich »dem aktiven Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung« verschrieben. Der Verein hatte rund 600 Mitglieder und widmete sich seit seiner Gründung 1979 der Unterstützung von neonazistischen Strafgefangenen. Vorsitzende war zuletzt DANIELA WEGENER. Sie war Nachfolgerin der von 1991 bis Juli 2011 amtierenden Mainzerin URSULA MÜLLER. Das Verbot kam nicht überraschend, denn bereits im September 2010 hatte es bundesweit Razzien bei HNG-Aktiven gegeben.

1000 Kreuze unter Protest durch Berlin getragen

Berlin • Am 17. September 2011 fand zum siebten Mal in Berlin der sogenannte »Marsch für das Leben« statt. Rund 1400 Abtreibungsgegner_innen trugen 1000 weiße Holzkreuze schweigend durch das Stadtzentrum. Eingeladen hatte der BUNDESVERBAND LEBENSRECHT (BVL), in dem 20 Gruppierungen organisiert sind – unter anderem Arbeitskreise der Parteien CDU, PBC (PARTEI BIBELTREUER CHRISTEN) und AUF (PARTEI ARBEIT, UMWELT, FAMILIE). Bei der Auftaktkundgebung sprachen neben dem BVL-Vorsitzenden MARTIN LOHMANN auch Vertreter der Pro-Life-Bewegungen in den USA, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Grußworte wurden vom Berliner Erzbischof RAINER MARIA WOELKI sowie führende Vertreter_innen der CDU/CSU verlesen. Rund 400 Menschen folgten einem Aufruf queer-feministischer und antifaschistischer Gruppen und protestierten gegen den Marsch.

Pogromstimmung in Tschechien

Tschechien • Zu einem Protestmarathon mobilisierte die DÉLNICKÁ STRANA SOCIÁLNÍ SPRÁVEDLNOSTI (ARBEITERPARTEI DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT, DSSS), eine tschechische Neonazi-Partei, am 10. September im Norden des Landes. In Nový Bor versammelten sich rund 400 Neonazis und 100 Einwohner_innen

um gegen die örtliche Roma-Minderheit zu protestieren. Eine ähnliche Versammlung am gleichen Tag in Varnsdorf endete in einer Eskalation: Hunderte Menschen versuchten eine Polizeiabspernung zu durchbrechen, um ein von Roma-Familien bewohntes ehemaliges Hotel zu erreichen. Mit insgesamt 600 Beamt_innen war die Polizei im Einsatz. Bei Vorkontrollen wurden Macheten, Messer, ein Baseballschläger und eine Axt beschlagnahmt. Als Einpeitscher fungierte in beiden Orten der DSSS-Vorsitzende TOMÁŠ VANDAS.

Tag ohne Heimat

Berlin • Am 27. August nahmen in Berlin rund 500 Personen am jährlichen »Tag der Heimat« des BUND DER VERTRIEBENEN (BdV) teil. Die Veranstaltung unter dem Motto „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“ im »Internationalen Congress Centrum« (ICC) war Auftakt für zahlreichen regionale »Tage der Heimat« des BdV. Dem ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) wurde die »Ehrenplakette« des BdV verliehen. Die Laudatio hielt BdV-Vize-

»Tag der offenen Tür« im apabiz

Am 18. November veranstalten wir ab 14 Uhr einen »Tag der offenen Tür«. Ihr seid alle herzlichst eingeladen einen Blick in unsere Räume, Bücher und Ordner zu werfen. Für kleine Häppchen und etwas zum Anstoßen wird gesorgt sein, schließlich feiern wir in diesem Jahr unseren 20sten Geburtstag. Des weiteren wollen wir euch eine Soliparty zu unseren Gunsten ans Herz legen, diese findet am 28. Oktober im Festsaal Kreuzberg statt.

präsident CHRISTIAN KNAUER. Koch selbst hob die Rolle der »Charta der Heimatvertriebenen« beim Verzicht auf Rache und Vergeltung hervor. Weiterhin redete Helge Klassohn, Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche für Fragen der Spätaussiedler und Heimatvertriebenen. BdV-Präsidentin ERIKA STEINBACH (CDU) forderte, dass bei Staatsbesuchen künftig auch Vertreter der Vertriebenen teilnehmen sollten. Stanislaw Tillich, Ministerpräsident Sachsens, präsentierte sich in seiner Rede als Unterstützer des BdV. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung wurden an einem Vertriebenenendenkmal am Theodor-Heuss-Platz Kränze niedergelegt. Dort hielt Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) eine Rede.

Bildung en detail

Das »Forschungsnetzwerk Frauen & Rechtsextremismus« im apabiz-Referent_innenkatalog

Das »Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus« bietet drei neue Vorträge zum Themenfeld Frauen und Gender in der extremen Rechten an. Alle Veranstaltungen können über das apabiz gebucht werden:

• »How Gender matters – Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten«

Die Veranstaltung wirft einen Blick auf das unterschiedliche Engagement rechtsextremer Frauen und Männer. Insbesondere die Rolle von Gender für das Konstrukt der völkisch-rassistischen Gemeinschaft wird sichtbar gemacht und nach Schnittmengen mit gesellschaftlichen Debatten gefragt.

• »Rechtsextreme Orientierungen bei Mädchen und jungen Frauen – Geschlechtsspezifische Aspekte und mögliche pädagogische Handlungsstrategien«

Dieser Vortrag zeigt Möglichkeiten und Grenzen von (sozial-) pädagogischen Handlungsstrategien zum genderreflektierenden Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen auf – sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich.

• »Aussteigerinnen aus der extremen Rechten: Verläufe der Zuwendung und Distanzierung im lebensgeschichtlichen Kontext«

Warum entscheiden sich Frauen dafür, in der extremen Rechten aktiv zu werden und welche Erlebnisse können zu einem »Ausstieg« motivieren? Spielt Geschlecht dabei eine Rolle? Es werden bestehende Forschungsansätze kritisch hinterfragt und anhand biographischer Fallbeispiele Verläufe der Zuwendung und Distanzierung aufgezeigt.

Weiterhin verfügbar sind die bewährten Vorträge des Netzwerks zu folgenden Themen:

• »Mädchen und Frauen in der extremen Rechten - Überblick über Erscheinungs- und Organisationsformen sowie vertretene Rollen- und Geschlechterbilder«

• »Familien- und lebensgeschichtliche Dimensionen. Erklärungskonzepte und Forschungsansätze«

• »Differenz und Gleichheit. Geschlechterideologien rechter Frauen und ihre Anknüpfungspunkte zu feministischen Diskursen«



Abonnieren...

...kann man den ~~monat~~ nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet, einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden_innen erhalten diese 1x jährlich)

Neu im Archiv

eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Palandt, Ralf (Hrsg.): Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics. Archiv der Jugendkulturen, Berlin 2011.*

Im März 2010 führte Ralf Palandt eine Tagung mit dem Titel »Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics« mit Vertreter_innen aus Forschung und Praxis durch. Der vorliegende Band dokumentiert nicht nur die Tagung, sondern wurde auch um ergänzende Beiträge erweitert. Den Schwerpunkt hierbei bilden Beiträge zur Darstellung von Holocaust und Nationalsozialismus in bzw. durch Comics sowie deren pädagogischer Einsatz in Schulunterricht und Bildungsarbeit. Historische und aktuelle Comics von rechts werden ebenso den Leser_innen vorgestellt wie kommerzielle Comics, die auf stereotype Darstellungen untersucht werden, z.B. die Reihe »Asterix«. Das Kapitel »Comics gegen Rechts« beschränkt sich vor allem auf die »Andi«-Reihe des Verfassungsschutzes NRW, vorgestellt von den künstlerisch und inhaltlich Verantwortlichen. In der Auswahl der Autor_innen aus Wissenschaft und Praxis wurde sichtbar auf eine internationale Ausrichtung Wert gelegt. Praxisnah und hilfreich wäre eine Gesamtübersicht über Comics zu den im Titel genannten Themen gewesen. Für den Band wurde auch intensiv in den Beständen des apabiz recherchiert, was im Buch leider keine Erwähnung fand.

• *Opferberatung der RAA Sachsen e.V.: Tödliche Realitäten. Der Rassistische Mord an Marwa El-Sherbini. RAA Sachsen e.V., Hoyerswerda 2011.*

Am 1. Juli 2009 wurde die Muslima Marwa El-Sherbini nach einem Prozess, u.a. wegen Beleidigung, von dem angeklagten Russlanddeutschen im Dresdener Landgericht erstochen. In den einzelnen Beiträgen der Autor_innen wird nicht nur die Tat beschrieben, sondern vor allem die Situation in Dresden bzw. Sachsen beleuchtet. Antisemitismus als Hintergrund der Tat wird ausführlich analysiert und im weiteren Verlauf auch Islamkritik sowie antimuslimischer Rassismus diskutiert. Der Umgang mit dem Mord durch die Presse und die Stadt Dresden werden ebenso thematisiert wie die verschiedensten lokalen bzw. regionalen Projekte und Initiativen, die in diesem Themenfeld arbeiten. Das apabiz ist mit dem Beitrag »Antimuslimischer Rassismus – Das Schlachtfeld der Neuen Rechten« von Ulli Jentsch in dem Band vertreten.

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu

• *Fülberth, Johannes: »...wird mit Brachialgewalt durchgeföhrt« Bewaffnete Konflikte mit Todesfolge vor Gericht. Berlin 1929 bis 1932/1933. PapyRossa, Köln 2011.*

Anhand von 18 Tötungsdelikten in den Jahren 1929 bis 1932/33 beschreibt Johannes Fülberth die Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und der SA. Trotz der schlechten Quellenlage schafft es Fülberth die Brutalisierung und Radikalisierung der SA zu verdeutlichen und die Motivationslage der einzelnen Protagonisten zu beschreiben. Die Fallbeschreibungen geben auch einen Einblick in die Aktionsformen der damaligen Nazigegner und zeigen Veränderungen der Verurteilungspraxis der Berliner Gerichte auf. Schon damals wurden SA-Täter zu Opfern stilisiert und ihre Taten als Notwehr gehandhabt.

Das Buch bietet eine spannende Perspektive in das Kreuzberger Kiezmilieu, insbesondere in die lokale Arbeiterschaft der frühen dreißiger Jahre, daher gehört es nicht nur in jedes Kreuzberger Bücherregal.

• *Klemp, Stefan: KZ-Arzt Aribert Heim. Die Geschichte einer Fahndung. Prospero, Münster 2010.*

Aribert Heim war als Lagerarzt im KZ Mauthausen tätig und wird beschuldigt dort grausame Morde begangen zu haben. Nach dem Kriegsende wurde der SS-Angehörige mit einem internationalen Haftbefehl gesucht.

Der Autor, der als Historiker u.a. für das Simon Wiesenthal Center tätig ist, beschreibt ausführlich seine langjährigen Recherchen zu Heim. Dabei konstruiert er nicht nur dessen Biographie, sondern auch die zahlreichen Spuren von Heim im Nachkriegsdeutschland, die bis nach Südamerika führen. Im Mittelpunkt des Buches stehen auch die behördlichen Fahndungen nach Heim sowie die Presseberichterstattung als »Dr. Tod« oder »Der Schlächter von Mauthausen« über ihn. Trotz einer Vielzahl von Hinweisen konnten viele Fragen zu Heim nicht geklärt werden, wie zum Beispiel der Todeszeitpunkt.

Der Fall Heim ist nicht nur ein Beispiel für das »Nachleben« von NS-Verbrechern, auch wird anhand des Buches die Unfähigkeit und der Unwillen der Behörden deutlich, trotz aller punktueller Kooperationen, diesem Fall wirkungsvoll nachzugehen.